



**Anfragen zum Plenum zur Plenarsitzung am 08.10.2025
– Auszug aus Drucksache 19/8438 –**

**Frage Nummer 42
mit der dazu eingegangenen Antwort der Staatsregierung**

Abgeordneter
**Markus
Rinderspa-
cher**
(SPD)

Ich frage die Staatsregierung, was veranlasst den bayerischen Ministerpräsidenten Dr. Markus Söder, bei öffentlichen Veranstaltungen die sog. „tethered caps“ als Beispiel überbordender EU-Bürokratie zu kritisieren, plant die Staatsregierung konkrete Initiativen, um Art. 6 Abs. 1 der Richtlinie 2019/904 zu streichen, wonach seit Juli 2024 Getränkebehälter aus Einwegplastik mit einem Fassungsvermögen von bis zu drei Litern nur noch in Verkehr gebracht werden, wenn ihre Verschlüsse und Deckel fest mit dem Behälter verbunden bleiben, ist es zutreffend, dass die Staatsregierung weder im Zusammenhang des EU-Trilogs, also in der Diskussion über technische Machbarkeit und Umsetzungsfristen, noch bei der vorangegangenen Konsultation noch im Vorfeld der Abstimmung im EU-Parlament am 27.03.2019 Einwände geltend gemacht hat?

Antwort des Staatsministeriums für Umwelt und Verbraucherschutz

Nach der Richtlinie (EU) 2019/904 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 05.06.2019 über die Verringerung der Auswirkungen bestimmter Kunststoffprodukte auf die Umwelt (EU-Einwegkunststoffrichtlinie – EU-EWKRL) dürfen beispielsweise bestimmte Einwegkunststoff-Getränkebehälter mit Kunststoffverschluss bzw. Deckel nur in Verkehr gebracht werden, wenn die Verschlüsse oder Deckel während der vorgesehenen Verwendungsdauer am Behälter befestigt bleiben (Art. 6 Abs. 1 EU-EWKRL). Das EU-Gesetzgebungsverfahren zu Art. 6 Abs. 1 EU-EWKRL wurde mit einer entsprechenden Mitteilung der EU-Kommission bereits im Januar 2018 eingeleitet. Seinerzeit wurden von der Fachebene keine Einwände erhoben, zumal die mit der Richtlinie verbundenen praktischen Umstände auch erst in ihrer späteren Anwendung hinreichend sichtbar wurden. Die Staatsregierung steht mit Blick auf die Abschaffung nachteiliger EU-Regelungen im ständigen Kontakt mit der Bundesregierung und der EU-Kommission.